

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Wie geht es weiter mit den Bundeswehrstandorten nach der Schließung?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. zu berichten, welche Maßnahmen sie seit der Standortentscheidung des Bundesverteidigungsministers vom 26. Oktober 2011 für von Schließung oder Truppenreduzierung betroffene Standortkommunen – namentlich Fürstfeldbruck, Penzing, Kaufbeuren, Roth, Altstadt, Amberg, Donauwörth, Erding, Füssen, Hammelburg, Kempten, Manching, Regensburg, Sonthofen, Volkach, Wildflecken – getroffen beziehungsweise eingeleitet hat und welches Konzept sie verfolgt, um vor allen Dingen den betroffenen Kommunen im strukturschwachen Raum adäquate Zukunftschancen zu eröffnen.
2. zu erläutern, welchen Beitrag sie dazu leistet, das Konzept einer zivil-militärischen Kooperation für den Standort Kaufbeuren im Bereich der Flugsicherung und möglicherweise anderer Felder der Technischen Schule der Luftwaffe 1 im Interesse der Wirtschaft und des Standorts zügig zu realisieren.
3. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Grundstücksverhandlungen zwischen den Kommunen und der hierfür zuständigen BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) für nicht benötigte militärische Flächen zügig und unbürokratisch geführt werden.

Dabei ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass

- sich die Bundesrepublik Deutschland in den Kaufverträgen zur Beseitigung der von ihr verursachten Altlasten verpflichtet,
- der Verkaufspreis sich ähnlich wie bei früheren Konversionsverkäufen nicht an eventuell geplanten

künftigen Grundstücksentwicklungen orientiert, sondern den Kommunen eine realistische Chance eröffnet, die Flächen ohne Eingehung erheblicher finanzieller Risiken selbst zu erwerben und

- die BImA zu flexiblen Vertragsgestaltungen mit der Einräumung bloßer Nutzungsrechte, verbunden mit einem langfristigen Erwerbskonzept, in verschiedenen Teilschritten bereit ist, sofern dies aufgrund der Größe und Leistungsfähigkeit der Standortkommune erforderlich ist.
4. ihrer Verantwortung gegenüber den betroffenen Standortkommunen dadurch Rechnung zu tragen, dass sie den Betroffenen durch Stärkung vorhandener Einrichtungen und Behördenverlagerungen hilft und sie insbesondere durch Schaffung neuer Hochschuleinrichtungen stärkt.

Beispielhaft verweisen wir darauf, dass in Roth eine Polizeihubschrauberstaffel und in Kaufbeuren ein Polizeihubschrauber auf dem Militärgelände stationiert ist und dort auch bleiben soll.

Was die Stärkung der Standorte durch Hochschuleinrichtungen betrifft, fordern wir die Staatsregierung insbesondere dazu auf, die geplante Außenstelle der Hochschule Kempten an dem Standort Kaufbeuren mit dem Studienangebot „Gesundheit und Generationen“ zu ermöglichen und zu unterstützen. Auch für den Standort Roth erscheint aufgrund der Nähe zu den Hochschulstädten Nürnberg und Erlangen eine Auslagerung von Teilbereichen in eine Außenstelle Roth sinnvoll.

### Begründung:

Bayern ist durch die Entscheidung des Verteidigungsministers zur Standortschließung und -reduzierung in ungewöhnlich hartem Maß getroffen worden. Vor allem Schwaben hat ganz besonders empfindliche Einbußen hinnehmen müssen. Die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Bayern sind gleichermaßen gefordert, den betroffenen Kommunen eine mittel- und langfristige Perspektive zu eröffnen.

Staatsminister Kreuzer hat in seiner Regierungserklärung im November 2011 angekündigt, dass die Staatsregierung sich ihrer Verantwortung stellen und auch auf den Bund einwirken werde. Nun ist mehr als ein halbes Jahr vergangen; der Landtag möchte nun wissen, welche Maßnahmen bereits getroffen und welche von der Staatsregierung eingeleitet wurden.

Am Standort Kaufbeuren befindet sich (noch) die Technische Schule der Luftwaffe 1, der Hightech-Standort der Luftwaffe in Bayern. Nach den Planungen des Verteidigungsministeriums sollen die Komponenten der Schule vor allem nach Faßberg in Nie-

dersachsen und Erndtebrück in Nordrhein-Westfalen verlegt werden. Dies hat erhebliche negative Auswirkungen auch auf Teile der wehrtechnischen Industrie in Bayern. Daher muss es ein besonderes Interesse des Freistaats sein, möglichst viele Komponenten in Kaufbeuren zu halten.

Es gibt nun die Möglichkeit, am Standort eine zivil-militärische Kooperation mit der Wirtschaft einzurichten. Dies hat sich im Bereich der Flugsicherung bereits konkretisiert.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hier gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium zügig die Voraussetzung für eine Realisierung zu schaffen und der Wirtschaft auch die Möglichkeit zu geben, die Kooperation in absehbarer Zeit zu beginnen. Zeitvorgaben, die Entscheidungen erst für 2015 und den Start des Projekts für 2017 vorsehen, dienen eher der Verhinderung als der Förderung dieses Projekts. Hier muss die Staatsregierung beim Verteidigungsminister intervenieren und ihn auffordern, die Vorgänge zu beschleunigen.